Kölnische Zeitung
11./VIII. 1915.

Berlin geht gegen den Lebensmittelwucher vor.

⚘z **Berlin**, 10. Aug. (Telegr.) Im Schoße des Berliner Magistrats finden Beratungen darüber statt, auf welche Weise die Stadt Berlin die in der Bundesratsverordnung vom 23. Juni über den Lebensmittelwucher enthaltenen Straf- und sonstigen Vorschriften praktisch nutzbar machen und lebensfähig gestalten kann. Es handelt sich dabei sowohl um Überteurungen im Großhandel wie um übermäßige Spannungen zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen. Zur Abwehr in beiden Richtungen soll eine Organisation geschaffen werden, die, ohne die berechtigte Bewegungsfreiheit des Handels zu unterbinden, doch gröbliche Auswüchse in der Preisbildung zu beseitigen und zu verhüten sich bemüht. Eine solche Organisation setzt jedoch die Beteiligung weiter Kreise der Bürgerschaft, der Produktion, des Handels und der Verbraucher voraus. Auch ist die Mitwirkung von Sachverständigen erforderlich. Deshalb müssen in der geplanten Organisation besondere Abteilungen für die wichtigsten Gruppen des Lebensmittelhandels, namentlich für Fleisch, für Obst und Gemüse, für Butter und Eier und für Kolonialwaren geschaffen werden. Auch eine örtliche Gliederung wird nötig sein. Der Magistrat ist noch damit beschäftigt, die Einzelheiten der geplanten Organisation auszuarbeiten.